Die Niederlande

Mirte van den Berge[1]

Nach nur anderthalb Jahren im Amt brachte das Kabinett Rutte II bis zum Sommer 2014 bereits so viele Reformen durch das Parlament, dass sich in Den Haag der Eindruck verhärtete, es gäbe in den letzten zwei Jahren Amtszeit kaum noch etwas zu tun. Die regierende Koalition aus der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) unter Ministerpräsident Mark Rutte erzielte zwar in den letzten Parlamentswahlen im September 2012 eine knappe Mehrheit im Parlament (Tweede Kamer), jedoch fehlt es ihr an einer Mehrheit im Senat (Eerste Kamer).[2] Um eine Blockierung durch den Senat zu vermeiden, handelte die Koalition mehrere Ad-hoc-Vereinbarungen mit oppositionellen Parteien aus. Es entstanden dadurch stabile Partnerschaften mit der linksliberalen Democraten 66 (D66), der christlich-demokratischen ChristenUnie (CU) und der kleinen orthodox-calvinistischen reformierten Partei Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP). Diese sogenannten „konstruktiven Drei" waren dadurch direkt an den Verhandlungen von Reformen und dem Haushaltsplan 2015 beteiligt, bevor sie im Parlament vorgestellt wurden. Mit ihrer Unterstützung in beiden parlamentarischen Kammern konnte das Kabinett Rutte II seine Reforminitiativen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohnungsbau, Gesundheit, Bildung, Rente und Sozialversicherung erfolgreich durchsetzen.

Innenpolitik

Die größte Herausforderung, der sich das Kabinett Rutte II bei der Initiierung dieser großen Anzahl von Reformen gegenübersah, war nicht deren Durchsetzung im Parlament, sondern die Wiedergewinnung der öffentlichen Zustimmung. Die Zustimmungswerte beider Koalitionsparteien nahmen in Umfragen und sowohl in den kommunalen Wahlen im März als auch in den Europawahlen im Mai 2014 tendenziell ab. Als sich die Wahlen für die Provinzparlamente (Provinciale Staten) anbahnten, bemühten sich beide Koalitionsparteien um ein besseres Image in der Bevölkerung. Schließlich sind die Ergebnisse der Provinzwahlen ausschlaggebend für die Zusammensetzung des Senats, der alle vier Jahre von den Provinzparlamenten gewählt wird. Jedoch verstummten im Sommer 2014 zunächst die Diskussionen um die Koalitionsregierung und ihrer Popularität, als die Passagiermaschine MH17 der Malaysia Airlines auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur am 17. Juli 2014 über der Ostukraine abgeschossen wurde. Bei diesem tragischen Ereignis kamen 283 Passagiere und 15 Besatzungsmitglieder ums Leben. Aufgrund der hohen Anzahl von Todesopfern mit niederländischer Staatsbürgerschaft und Amsterdam

1 Übersetzt aus dem Englischen von Julia Klein.

2 Im September 2012 erhielt die Koalition eine Mehrheit mit 79 von 150 Parlamentssitzen (VVD: 41, PvdA: 38). Aufgrund interner Konflikte in der Koalition ging die Mehrheit auf 76 Parlamentssitze zurück (VVD: 40, PvdA: 36). Im Senat haben die Regierungsparteien bis zur anstehenden Neuwahl im Juni 2015 30 von 75 Stimmen. Kiesraad: Databank Verkiezingsuitslagen, 2015, abrufbar unter: www.verkiezingsuitslagen.nl (letzter Zugriff: 30.8.2015).

als Abflughafen spielte die niederländische Regierung eine aktive Rolle im Nachgang dieses Absturzes. Die Regierung konzentrierte sich dabei vor allem auf drei Aufgaben: die Rückführung und Übergabe der Todesopfer, die vollständige Aufklärung der Ursache des Absturzes und die strafrechtliche Verfolgung der Täter. Das Engagement des Ministerpräsidenten Rutte und des amtierenden Außenministers Frans Timmermans fand in der Bevölkerung breite Unterstützung und führte auch in Umfragen zu einem vorübergehenden Anstieg der Zustimmungswerte für die Regierung.[3] Ende 2014 bahnten sich jedoch auch mit Blick auf die anstehenden Provinzwahlen im März 2015 neue Spannungen und Konflikte in der Koalition an. Im Dezember 2014 wurde beispielsweise im Senat ein neues Reformgesetz im Gesundheitswesen mit Stimmen einiger PvdA-Senatoren grundsätzlich abgelehnt. Nach einer einige Tage andauernden Krisensitzung wurde die Abstimmung über eine leicht abgeänderte Version des Gesetzes in die zweite Jahreshälfte 2015 verschoben.

Nach den Ergebnissen der Provinzwahlen traten die Regierungsparteien VVD und PvdA als Verlierer und die Oppositionsparteien D66, CU und SGP als Gewinner der Wahlen hervor.[4] Wenige Monate später wählten die Mitglieder der Provinzparlamente den Senat. Obwohl die Ergebnisse beider Wahlen ähnlich ausfielen, hatte die Abwesenheit einiger lokaler Parteien im Senat einen leichten Einfluss auf dessen Zusammensetzung. Die rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid (PVV) lag in Umfragen vom November 2014 und Februar 2015 weit vorne, doch musste die Partei in den Wahlergebnissen einen kleinen Stimmenverlust hinnehmen. Größte Partei im Senat wurde die VVD, auch wenn der relative Stimmenanteil der Regierungsparteien im Senat von 40 auf 28 Prozent abnahm.[5] Überraschend war auch, dass die Regierungsparteien zusammen mit den „konstruktiven Drei“ ihre Mehrheit im Senat verloren.[6] Außerdem nahm infolge des Wahlergebnisses die Fragmentierung der Parteienlandschaft zu. Für die Regierung bedeutete dies schließlich, dass zumindest mit einer weiteren Oppositionspartei kooperiert werden musste, die neue Gesetzesinitiativen und die Verabschiedung des Haushalts für 2015 in den nächsten Monaten mitträgt. Im Frühjahr 2015 folgte eine weitere Bewährungsprobe für die Regierung, als über Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, verhandelt wurde. Erst nach einer Woche konnte ein Kompromiss erzielt und ein Zusammenbruch des Kabinetts Rutte II verhindert werden.

Trotz all dieser Krisen und Verluste in den Wahlen ist der Ausblick auf die nächsten beiden Regierungsjahre nicht so düster wie erwartet: Mit einer letzten großen Steuerreform im Jahr 2015 und dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Niederlande werden Kompromisse in der Regierung und mit den Oppositionsparteien einfacher zu finden sein. Dies könnte auch die Wiedergewinnung verlorener Wählerstimmen ermöglichen.

Europapolitik

Im Juni 2013 stellte die niederländische Regierung ihre Ergebnisse aus der Prüfung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit aktueller und bevorstehender EU-Rechtsetzung vor.[7] „[T]he time of an ‘ever closer union’ in every possible policy area is behind us” ist die

3 Maurice de Hond, 3.8.2014, abrufbar unter: www.peil.nl (letzter Zugriff: 31.8.2015).

4 VVD: 19,57 Prozent (2011)/15,92 Prozent (2015), PvdA: 17,32/10,08, D66: 8,37/12,46. Siehe: Kiesraad: Databank Verkiezingsuitslagen, 2015.

5 Vor den Wahlen im Juni 2015 nahmen VVD 16 und PvdA 14 von 75 Parlamentssitzen ein. Nach dem 15. Juni 2015 hatten VVD 13 und PvdA 8 Parlamentssitze. Kiesraad: Databank Verkiezingsuitslagen, 2015.

6 Die fünf Parteien haben zusammen 36 von 75 Parlamentssitzen im Senat. Vor den Wahlen im Juni 2015 erreichten sie eine Mehrheit mit 38 Parlamentssitzen. Kiesraad: Databank Verkiezingsuitslagen, 2015.

zentrale Aussage dieser Untersuchung, die das Ergebnis einer Verpflichtung aus der Koalitionsvereinbarung beider Regierungsparteien ist und sowohl der Beschwichtigung der Bevölkerung als auch als Rahmen für die Ausgestaltung der EU-Agenda in der neuen Legislaturperiode dienen soll. Die Untersuchung konzentrierte sich auf eine Reihe von EU-Gesetzgebungen in mehreren Politikbereichen, die die Niederlande gerne „have addressed or tackled in a different way than at present."[8] Diese Liste zählte Bereiche auf, die eher auf nationalstaatlicher Ebene zu behandeln seien, aber auch solche, in der mehr EU-Kooperation gefordert sei, ohne dass bestehende Verträge geändert werden müssten. Mit dieser Initiative stellten sich die Niederlande als starker Befürworter von Reformen in der Europäischen Union auf – mit dem Ziel einer „more modest, more sober but more effective EU."[9] Diese Haltung wurde auch im Sommer 2014 bei den Vorbereitungen zur neuen Legislaturperiode der Europäischen Union, der Festlegung der „Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels" durch den Europäischen Rat und bei der Ernennung der neuen Europäischen Kommission deutlich. Die niederländische Regierung strebte den Posten des Kommissars für Wirtschaft und Währung mit Jeroen Dijsselbloem, Vorsitzender der Euro-Gruppe, an. Doch der harte Wettbewerb mit anderen Mitgliedstaaten, die diesen Schlüsselposten ebenfalls für sich zu gewinnen suchten, und die eher angespannte Beziehung zwischen Dijsselbloem und Jean-Claude Juncker, führten schnell zur Erstellung eines „Plan B".[10] Die Ernennung Timmermans zu Junckers Erstem Vizepräsidenten beziehungsweise zum sogenannten „Super-Kommissar" und Kommissar für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta wurde als großer Sieg in den Niederlanden gefeiert. Timmermans machte bereits im Juli 2014 vor allem durch seine emotionale Rede zum Absturz der Passagiermaschine MH17 vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) auf sich aufmerksam.[11] Nach dem Absturz übten die Niederlande auch mehr Druck auf die Europäische Union aus, ihre Politik gegenüber Russland zu überdenken. Während die Niederlande aufgrund ihrer wirtschaftlichen und historischen Beziehungen zu Russland schon traditionell eher einen konstruktiven Dialog mit Russland befürworteten, richtete sich die niederländische Politik nach dem Flugunglück nun noch weiter gen Russland aus.

Die zweite Jahreshälfte von 2014 stand in vielen EU-Mitgliedstaaten im Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Die Niederlande legten großen Wert auf die strikte Einhaltung der Maßnahmen, die als Reaktion auf die finanziellen und wirtschaftlichen Krisen in einigen EU-Mitgliedstaaten eingeführt wurden. Da die niederländische Politik selbst einige radikale Strukturreformen hatte umsetzen müssen, setzte sie sich auf EU-Ebene dafür ein, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt trotz des wirtschaftlichen Erholungskurses nicht

7 Niederländische Regierung: European where necessary, national where possible. Pressemitteilung vom 21. Juni 2013, abrufbar unter: https://www.government.nl/latest/news/2013/06/21/european-where-necessary-national-where-possible (letzter Zugriff: 30.8.2015).

8 Niederländisches Ministerium für Auswertige Angelegenheiten: Testing European legislation for subsidiarity and proportionality – Dutch list of points for action. Den Haag, 21. Juni 2013, S. 1.

9 Niederländisches Ministerium für Auswertige Angelegenheiten: Testing European legislation for subsidiarity and proportionality, 2013, S. 3.

10 Angeblich hatte Timmermans seine Kandidatur Juncker selbst vorgeschlagen. Petra de Koning/Thijs Niemantsverdriet: Timmermans voerde zelf campagne voor een plek in de Commissie, 11.9.2014, abrufbar unter: http://www.nrc.nl/nieuws/2014/09/11/timmermans-voerde-zelf-campagne-voor-een-plek-in-commissie/ (letzter Zugriff: 30.8.2015).

11 Niederländische Regierung: Meeting of the Security Council, New York, 21 July 2014. Statement by Frans Timmermans, Minister of Foreign Affairs of the Kingdom of the Netherlands. Rede vom 22.7.2014.

aufgeweicht wird. Generell wird der wirtschaftliche Aufschwung auf externe Faktoren zurückgeführt.[12] Daher übten die Niederlande weiteren Druck auf andere Mitgliedstaaten aus, dementsprechende Strukturreformen umzusetzen, sowie auf die Europäische Union, sich stärker um eine verbesserte Funktionsweise des Binnenmarktes und eine Vertiefung der Währungsunion zu bemühen. Der von Kommissionspräsident Juncker im November 2014 eingebrachte Investitionsplan war eine der ersten Initiativen der neuen Kommission, die die europäische Wirtschaft wieder ankurbeln und für Investitionen sorgen soll. Diese Strategie wurde von der niederländischen Regierung zwar sehr begrüßt, doch sollte eine solche europäische Investitionspolitik zugleich an eine starke Reformagenda gekoppelt sein. Die Reformbemühungen sollten über eine Beseitigung bestimmter Hürden für Investitionen hinausgehen und zudem allgemeine Reformen wie in den Bereichen Arbeitsmarkt, Steuerwesen sowie Güter- und Dienstleistungsmärkte beinhalten.[13] Die neue Kommission stellte im Dezember 2014 zudem ihr Arbeitsprogramm für 2015 vor, das sowohl auf der strategischen Agenda des Europäischen Rates von Juni 2014 als auch auf Junckers zehn Prioritäten für eine neue Kommission vom Juli 2014 basiert. Das straffe Programm, die reduzierte Anzahl von neuen Initiativen und die Liste aktueller EU-Gesetzgebungen, die überprüft oder widerrufen werden sollen, trafen ebenfalls auf Zustimmung vonseiten der Niederlande. Die Nähe an der politischen Agenda des Europäischen Rates ist teils auch der aktiven Positionierung der niederländischen Regierung und dem Mitwirken Timmermans zu verdanken.[14] Jedoch bleibt die Befürchtung bestehen, dass unvorhergesehene Ereignisse oder der Druck vonseiten des Europäischen Parlaments zu einer Erweiterung des Arbeitsprogramms der Kommission führen könnten.

Die Niederlande werden, wie erwartet, den Druck auf die EU-Ebene für Reformen und eine Reduzierung der Zahl regulierter EU-Politikbereiche fortsetzen – insbesondere mit Blick auf die anstehende Ratspräsidentschaft für 2016. Die Vorbereitungen letzterer sind in vollem Gange. Die niederländische Regierung legt den Fokus ihrer Agenda vor allem auf drei Punkte: die fünf Ziele der politischen Agenda des Europäischen Rates, innovativer Wachstum und Arbeitsmarkt sowie Bürgernähe.[15] Dabei könnten die Niederlande auch eine aktive Rolle in der institutionellen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union einnehmen. Zudem möchte die Regierung eine Vermittlerrolle in den anstehenden Diskussionen über die Reformvorschläge des britischen Premierministers David Cameron und eines möglichen Brexit spielen.

Weiterführende Literatur

Kiesraad: Databank Verkiezingsuitslagen, 2015, abrufbar unter: www.verkiezingsuitslagen.nl (letzter Zugriff: 30.8.2015).

Niederländisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten: Staat van de Europese Unie 2015. Den Haag, 23. Februar 2015, Dok. MinBuZa-2015.48195 (erscheint jährlich).

Niederländisches Parlament: Staat van de Europese Unie. Den Haag, 2. April 2015, Dok. TK 71-13-1 (erscheint jährlich).

12 Darunter sind externe Faktoren gemeint wie niedrige Ölpreise, ein schwacher Euro oder eine Lockerung der Geldpolitik durch die EZB.

13 Niederländischer Rat für Wirtschaft und Finanzen: Brief van de Ministers van Financiën en van Economische Zaken. Den Haag, 26. November 2014, Dok. 21501-07/1202.

14 Niederländisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten: Kabinetsappreciatie Commissiewerkprogramma 2015. Den Haag, 23. Januar 2015, Dok. MinBuZa-2015.27200.

15 Niederländische Ratspräsidentschaft 2016: Brief van de Minister van Buitenlandse Zaken. Den Haag, 28. Januar 2015, Dok. 34139/1.